

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung**Was tut die Landesregierung, um die Wiederaufnahme der Kaliförderung in der Gemeinde Giesen so verträglich wie möglich zu gestalten?**

Anfrage der Abgeordneten Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Ernst-Ingolf Angermann, Martin Bäumer, Karin Bertholdes-Sandrock, Christian Calderone, Helmut Dammann-Tamke, Otto Deppmeyer, Hans-Heinrich Ehlen, Clemens Große Macke, Ingrid Klopp, Frank Oesterhelweg, Lutz Winkelmann, André Bock, Ansgar Focke, Axel Miesner und Ulf Thiele (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 28.05.2015

Die K+S AG plant die Wiederinbetriebnahme der Kaliförderung in der Gemeinde Giesen. Nach Ansicht der Bürgerinitiative (BI) GiesenSchacht e. V. wird in den Antragsunterlagen zum Planfeststellungsverfahren ein Anlagenkonzept favorisiert, welches schon in dem vom Landkreis Hildesheim durchgeführten Raumordnungsverfahren (ROV) zur Diskussion stand. Die im Nachgang des ROV in Arbeitskreisen zwischen K+S-Vertretern, Gemeindevertretern, Anwohnern und der BI GiesenSchacht e. V. diskutierten Optimierungsmaßnahmen, die zu einer nachhaltigen Reduzierung der Belastung und zu einer höheren Akzeptanz für die Kaliförderung in der Gemeinde führen würden, fanden nach Auffassung der Bürgerinitiative in den Antragsunterlagen keine bzw. nur eine unbedeutende Berücksichtigung.

Das Landvolk Niedersachsen Landesbauernverband e. V. schreibt in der Pressemitteilung „Skepsis vor neuem Bauprojekt“ vom 16. April 2015 Folgendes: „Insgesamt werden 210 ha Acker für den Bau von Werksanlagen, die neue Halde sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen verloren gehen. 130 ha davon liegen in der Gemarkung Giesen. ‚Da sich Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies klar für das Projekt ausgesprochen hat und Land und Bund großes Interesse daran haben, könnte das Land aus dem eigenen Flächenpool schöpfen und z. B. Ländereien der öffentlichen Hand als Ausgleich zur Verfügung stellen‘, fordert Bernward Löffler vom Realverband Giesen. Er schlägt außerdem die Umsiedlung eines Landwirts als Alternative vor: ‚Dies würde den lokalen Markt entlasten. Dazu müsste aber ein entsprechendes Angebot kommen.‘“ Weitere Punkte, die den örtlichen Landwirten Sorgen bereiteten, seien befürchtete Flächenabsenkungen, die die Funktionsfähigkeiten von Drainagen beeinträchtigen und Wege zerstören könnten, sowie die Pflege, Erreichbarkeit und Funktionsfähigkeit von Gräben an Biotop- und Ausgleichsflächen. Außerdem werde ein Feldweg komplett unter der neuen Halde verschwinden und einige Flächen nicht mehr erreichbar sein.

1. Strebt die Landesregierung einen Ausgleich zwischen den Interessen der K+S AG und den Anwohner im Einzugsgebiet der Anlagen an?
2. Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen sind aus Sicht der Landesregierung geeignet und geplant, um einen solchen Ausgleich herzustellen?
3. Wenn nein, warum nicht?
4. Welche konkreten Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um die Akzeptanz der Kaliförderung bei den Anwohnern der Gemeinde zu erhöhen?
5. Wie steht die Landesregierung zu einer Verortung des ausziehenden Wetterschachts im Wohngebiet von Ahrbergen, und welche Möglichkeiten sieht sie zu einer verträglicheren Verlegung des Wetterschachts?
6. Wie steht die Landesregierung zu einer Aktivierung der Bahnstrecke, die durch den Ort Ahrbergen verläuft?
7. Inwiefern kann nach Kenntnis der Landesregierung an dieser Strecke ein wirksamer Schallschutz gewährleistet werden?

8. Ist eine Verlagerung der Bahnstrecke nach Ansicht der Landesregierung eine umsetzbare und sinnvolle Alternative zur Entlastung der Anwohner?
9. Wenn nein, warum nicht?
10. Wie beurteilt die Landesregierung die Notwendigkeit einer direkten Anbindung des Kaliwerks an die B 6?
11. Wie würde eine solche Straße finanziert werden?
12. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass die Kosten für die zur Erschließung des Kalibergwerks gebaute Straße die Gemeinde und die Anwohner nicht über Gebühr belasten?
13. Wie steht die Landesregierung zu der Forderung, eine zweite Halde zu vermeiden, um die Belastungen für die Gemeinde so gering wie möglich zu halten?
14. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um die zweite Halde zu vermeiden?
15. Sollte eine Halde unvermeidbar sein, welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um die Belastung durch eine zweite Halde so gering wie möglich zu halten?
16. Wie steht die Landesregierung zu der Forderung, eine kontinuierliche Immissionsüberwachung in den Wohngebieten im Nahbereich der geplanten Anlage durchzuführen, um eine Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte sicherzustellen?
17. Wird sich die Landesregierung für eine solche Maßnahme einsetzen?
18. Wenn ja, wie?
19. Wenn nein, warum nicht?
20. Wie bewertet die Landesregierung den bei dem Projekt zu erwartenden Verlust an landwirtschaftlichen Flächen, und wird sie der Forderung nachkommen, aus ihrem eigenen Flächenpool Ausgleichsflächen zur Verfügung zu stellen? Wenn nein, warum nicht?
21. Wie steht die Landesregierung zu der Forderung, einen kompletten Betrieb umzusiedeln, um den lokalen Markt zu entlasten?
22. Wird die Landesregierung diese Umsiedlung unterstützen?
23. Wie begegnet die Landesregierung den Sorgen der Landwirte bezüglich Flächenabsenkungen?
24. Wie begegnet die Landesregierung den Sorgen der Landwirte bezüglich der Pflege, Erreichbarkeit und Funktionsfähigkeit von Gräben an Biotop- und Ausgleichsflächen?
25. Wie begegnet die Landesregierung den Sorgen der Landwirte bezüglich der nicht geklärten Erreichbarkeit von Flächen, nachdem Wege komplett unter der neuen Halde verschwunden sein könnten?